An American Newspaper which stands for American ideals and principles—published in the German language for American citizens who read German

Tägliche Omaha Tribüne

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 264), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLESON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang. Omaha, Nebr., Donnerstag, den 22. Januar 1920 No. 269

Nebraska State Historical Society

Kongreß verlegt sich aufs Sparen

Das nächste Verwaltungsjahr wird mit einem Defizit von $3,000,000,000 beginnen; keine neuen Regierungsbauten.

Amerikanisations-Bill um Millionen beschnitten.

Washington, 22. Jan.—Das Baukomitee des Repräsentantenhauses hat einstimmig beschlossen, dem jetzigen Kongreß keine Vorlage zu empfehlen, durch welche die Errichtung neuer Regierungsbauten gutgeheißen würde.

Das Hauskomitee für auswärtige Angelegenheiten hat die Regierungsforderung für diplomatischen und konsularischen Dienst um $3,085,125 beschnitten. Der Senat hat eine Bewilligung für die Amerikanisationsvorlage von $42,500,000 auf $6,500,000 reduziert. Die drastische Belage von $42,900,000 auf $12,-schneidung der Fluß- und Hafenvor-400,000 verursachte eine gewaltige Erregung im Hause, und die Minorität des Komitees hat sofort eine neue Vorlage eingereicht, welche die Ausgaben für die Vorlage auf $25,-000,000 erhöht.

Senator McCumber sieht voraus, daß das fiskalische Jahr am 1. Juli mit einem Defizit von $300,000,-000 beginnen wird. Sollen die Ausgaben für 1921 mit dem Voranschlag von $6,000,000,000 Schritt halten, so kann dafür das Geld aufgebracht werden, aber das Defizit muß stehen bleiben. McCumber erklärte, das Land sei wahnsinnig geworden in der Erfindung neuer Mittel zur Plünderung des Staatsschatzes. Hierher rechnet er die Amerikanisationsvorlage, durch welche die Ausländer zum Gebrauch der englischen Sprache befähigt werden sollen. Nach seiner Meinung wird das Land erst zur Vernunft kommen, wenn alle Mittel erschöpft sind.

„Hungerpfoten" für U. S. Diplomaten

Washington, 22. Jan.—Das Hauskomitee für auswärtige Angelegenheiten hat den Diplomaten- und Konsulat-Etat für 1921 fertiggestellt, hat jedoch die für Botschafter und Gesandte nachgesuchte Gehaltserhöhung nicht bewilligt. Dagegen hat man eine stufenweise Erhöhung der Gehälter der Sekretäre und Untersekretäre bewilligt, und zwar sollen die Saläre der Beamten, die jetzt $1500 erhalten, auf $2500 erhöht werden.

Sekretär Lansing hatte dem Komitee empfohlen, das Minimalgehalt der Botschafter mit $35,000 festzustellen, da sonst nur reiche Leute sich zur Uebernahme solcher Posten finden würden, und außerdem Botschaftsgebäude zu erwerben, doch ließ es das Komitee bei dem jetzt gezahlten Gehalt von $17,500 bewenden.

Der Voranschlag des Etats ist von dem Komitee um etwa $2,600,000 reduziert worden.

Bischöfe protestieren gegen Auslieferung

Berlin, 22. Jan.—In Fulda wird binnen kurzem eine Konvention von Bischöfen stattfinden, die ein Gesuch an den Papst Benedikt richten wird, daß er die Entente veranlassen solle, davon Abstand zu nehmen, daß sie die Auslieferung von Personen verlangt, die verschiedener Kriegsverbrechen angeklagt sind. Die Bischöfe haben eine Proklamation erlassen, in welcher die Deutschen aufgefordert werden, gemeinschaftlich der Auslieferung zu opponieren. Es heißt darin, daß die Androhung solcher Auslieferung viele zum Selbstmord treibe. Zum Schluß wird das Land aufgefordert, zu verhindern, daß irgend ein Eisenbahnzug, auf dem sich Deutsche, die vor ein fremdes Gericht gebracht werden sollen, befinden, über die Grenze gelange.

Jetzt lassen sie den Ex-Kaiser sterben

Paris, 22. Jan.—Reisende, die aus Amerongen hier eingetroffen sind, berichten, daß der frühere deutsche Kaiser bei einem Spaziergang im Schloßgarten letzten Sonntag vom Schlaganfall getroffen worden ist. In Holland hat sich das Gerücht verbreitet, daß er gestorben sei. (Die United Preß ist nicht imstande, eine Bestätigung dieser Berichte zu erlangen.)

Gasolinpreis steigt wieder.

New York, 22. Jan.—Die Texas Company macht heute bekannt, daß der Preis des Gasolins in Colorado, Montana, Wyoming und New Mexiko um einen Cent die Gallone erhöht worden ist.

Demokraten halten ein Liebesfest

Werden sich wahrscheinlich für eine liberale Platform erklären.

Lincoln, Nebr., 22. Jan. — Die demokratischen Führer des Staates Nebraska waren Mittwoch in Lincoln versammelt, um die politische Lage zu erörtern und die ersten Schritte für die bevorstehende Kampagne zu treffen. Es war eine recht interessante Zusammenkunft und zwar hauptsächlich aus diesem Grunde. Die Bryaniten hatten beabsichtigt, diese Versammlung zugunsten ihres Führers auszuschlachten. Als das der liberale Flügel der Partei merkte, stellten sich dessen Anhänger in so großer Anzahl ein, daß der Bryanflügel mit seinem Programm nicht herauszurücken wagte. Tatsächlich haben sich die meisten der anwesenden Führer dahin ausgesprochen, daß die demokratische Partei nur mit einer liberalen Platform Aussicht auf Erfolg haben würde. Allerdings ging das nicht aus den Auslassungen der Bankettredner hervor. Es war die unverhohlene Meinung der Mehrzahl der Anwesenden. Daraus darf man schließen, daß die Frage in der bevorstehenden Kampagne angeschnitten wird.

An dem Bankett am Abend nahmen ungefähr 200 Gäste teil. Ex-Kongreßmann Dan Stephens fungierte als Toastmeister, und Reden hielten die früheren Gouvedneure Neville und Morehead, Ex-Sprecher der Legislatur George Jackson, J. N. Norton, Geo. W. Berge, Staatssenator Taylor und Arthur Mullen, das Nebraska Mitglied des demokratischen Nationalkomitees.

Resolutionen kamen zur Annahme, in denen Präsident Wilson und Senator Hitchcock aufs höchste belobt wurden, in ihren Bemühungen, der Welt den Frieden wieder zu geben. Die Reden bewegten sich in den gewohnten Rahmen, der Lobeshymnen auf die demokratische Partei, der Kritik der Republikaner und der Hoffnungsfreudigkeit bezüglich der Zukunft.

Eisenbahner in Italien streiken

Rom, 22. Jan.—Der Streik der Eisenbahner, welcher vor zwei Tagen ausbrach, scheint nicht die Unterstützung aller Angestellten zu finden, denn viele Züge verließen die Stationen zur vorgeschriebenen Zeit. Bisher ist es zu keinen groben Ausschreitungen gekommen. Truppen, die das Geleise bewachen, haben Order erhalten, jeden, der sich unbefugter Weise denselben nähert, niederzuschießen. Alle in der Armee Beurlaubten haben Weisung erhalten, sich bei ihren Verbänden zu stellen.

G. A. R. befürworten Pershing's Kandidatur

Lincoln, Nebr., 22. Jan.—Clarendon E. Adams, der ausgeschiedene Kommandeur der National G. A. R., in Omaha wohnhaft, hat sich für General Pershing als Präsidentschaftskandidat erklärt. Er sagte, er habe bei seinen amtlichen Besuchen gefunden, daß sich die Mehrzahl der Posten für Pershing als Präsidentschaftskandidat ausgesprochen habe.

Unruhen in Irland greifen weiter um sich

Mehrere Polizisten erschossen; Soldaten eröffnen Feuer auf die Häuser.

Dublin, 22. Jan.—Während der letzten 48 Stunden wurden zwei Polizisten erschossen, und die Behörden trafen Maßnahmen, um weiteren Unruhen vorzubeugen. Hilfspolizei-Kommissär Redmond, der kürzlich von Nord-Irland nach Dublin versetzt worden war, wurde gestern abend in Harcourt Straße erschossen; der Täter entkam.

In Thurles wurde Polizist Finegan Dienstag nacht von unbekannten Personen erschossen. Die Polizei und das Militär waren über diese Tat so aufgebracht, daß sie blindlings auf eine Anzahl Häuser feuerten. Schaufenster wurden zertrümmert, und mehrere Stunden hindurch verbreiteten Polizei und Soldaten Furcht und Schrecken. Das Haus von Charles Culbane, Präsident des Thures Sinn Fein Schützenklubs, wurde teilweise zerstört. Culbane brachte sich durch eilige Flucht in Sicherheit. Die Straßen waren mit Trümmerhaufen bedeckt.

Zum ersten Mal in der Geschichte hat Londonderry nunmehr eine Regierung von Nationalisten und Sinn Feiners; es kam zwischen Sinn Feiners und Orangemen zu häufigen Zusammenstößen, und das Militär hat Mühe, die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Bryant's radikale Anträge verworfen

Lincoln, 22. Jan.—Das Komitee für Erziehungswesen der konstitutionellen Versammlung hat Mittwoch 5 der radikalen Anträge des Delegaten Wilbur F. Bryant von Cedar County, die sich gegen Kirchen und Parochialschulen richteten, verworfen. Bryant hat zu Beginn der Sitzung durch diese Anträge Aufsehen erregt, doch konnten sie vor dem gesunden konservativen Sinn der Delegaten nicht bestehen.

Erklärt Fall Jenkins für erledigt

Stadt Mexiko, 22. Jan. — Die Zeitung Excelsior druckt eine Erklärung des Unterstaatssekretärs Hilario Medina ab, worin dieser den Fall Jenkins als in zufriedenstellender Weise erledigt bezeichnet. Einzelheiten über die angebliche Erledigung sind nicht bekannt geworden.

Alexander Roß, ein britischer Untertan, der am Sonntag unweit Orizabas gefangen genommen wurde, wurde nach einem Telegramm von Vera Cruz von Regierungstruppen befreit, ohne daß Lösegeld bezahlt wurde.

Chinesen wollen selbst Bier brauen

San Francisco, 22. Jan—Es hat sich herausgestellt, daß die Chinesen das Brauereigewerbe ergreifen und das japanische Bier mit Boykott belegen wollen. William Wu von Shanghai verhandelt wegen des Ankaufs von Braumaschinerie im Werte von mehreren Millionen Dollars. Wu behauptet, ein Syndikat von Bankiers und reichen Geschäftsleuten von Schanghai zu vertreten. Wird der Handel abgeschlossen, soll sofort mit der Einrichtung von Brauereien in China begonnen werden. „Das japanische Bier", sagt Wu, „brennt ebenso sehr in unserm Herzen, wie in unserm Hals."

Millionär als Radikaler verhaftet

Chicago, 22. Jan.—Der Millionär William Broß Lloyd ist zusammen mit 37 anderen angeblichen Mitgliedern der kommunistischen Arbeiterpartei von Amerika verhaftet worden. Gegen die Verhafteten ist die Anklage erhoben worden, die bestehende Bundesregierung mit Gewalt stürzen zu wollen. Unter den Verhafteten befinden sich auch drei Frauen.

Abschaffung der Prügelstrafe.

Atlanta, Ga., 22. Jan. — Auf Veranlassung einflußreicher Persönlichkeiten ist die Prügelstrafe in den Gefängnissen des Staates abgeschafft worden. Noch bis vor kurzem wurden auch weibliche Gefangene geringer Vergehen wegen durchgepeitscht.

Ein Haus-Auto, wie das obenstehende, dürfte zu den bequemsten Reisemitteln der Gegenwart gehören; dasselbe ist mit Küche, Schlafeinrichtung usw. versehen und der Eigentümer kann über die hohen Hotel-Preise lachen.

Bryan eröffnet den Kampf gegen Edwards

Wittert geheime Pläne der „Nassen", sich die Kontrolle der Regierung anzueignen.

Norfolk, Va., 22. Jan.—Wm. J. Bryan, der hier unter den Auspizien der Anti-Saloon League redete, erklärte, daß er jeder Bewegung, den Gouverneur Edwards von New Jersey die demokratische Nomination zum Präsidenten zu verschaffen, entgegentreten werde. Er sagte ferner, daß er gegen Cummings für Vorsitzenden der National-Konvention sei, falls dieser die Ansichten hege, die er bei der Einführung des Gouverneur Edwards ausgesprochen habe.

Richmond, Va., 22. Jan.—In einer hier gehaltenen Rede setzte W. J. Bryan seine Angriffe gegen Edwards und Cummings fort. Er behauptete, daß er Beweise in Händen hätte, daß die „Nassen" den Kampf gegen die Prohibition in die Präsidentenkampagne tragen und versuchen würden, einen „nassen" Präsidenten auf einem „nassen" Programm zu erwählen.

Littleton's Ansichten über Sozialisten

Albany, N. Y., 22. Jan.—Die Untersuchung der Vaterlandstreue der suspendierten Sozialisten vor dem Justizkomitee der Legislatur wird die Frage anschneiden, ob die Sozialisten „heuchlerisch als eine politische Partei maskeradieren, mit allen Vertretern von Gewalt und Revolution Hand in Hand gehen, und trotzdem dem einfachen amerikanischen Volk vormachen können, daß sie nicht die geschworenen Feinde des Landes sind, die bereit stehen, es zu stürzen." Dies ist der Standpunkt des Staatsvertreters M. B. Littleton. Er behauptet, daß Trotzky und Lenine darauf hinarbeiten, die Sowietregierung in Amerika einzuführen, und ehe die Wellen der öffentlichen Meinung, die durch diesen Sozialistenfall aufgeregt wurden, sich gelegt hätten, „wird das Land verstehen, daß diese sogenannte politische Partei mit den dunklen Mächten jenes unsichtbaren Reiches im Bunde steht, deren Ziel die gewaltsame Zerstörung verfassungsmäßiger Regierung in Amerika ist."

Die erste offensichtliche Uneinigkeit im Justizkomitee der Legislatur zeigte sich bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen heute morgen. Der Vorsitzende Martin hatte entschieden, daß vaterlandstreue Gesinnung für die Wählbarkeit eines Abgeordneten entscheidend sei. Dagegen reichte W. B. Evans, Mitglied des Komitees, eine abweichende Meinung ein, in welcher er sagte, das Komitee habe nicht das Recht, die Gesinnung eines Abgeordneten als Prüfstein für die Gültigkeit seiner Wahl zu benutzen.

Bolschewismus greift in Bulgarien um sich

Wien, 22. Jan.—Zwischen der russischen Sowietregierung und den bulgarischen Bolschewisten ist direkte Telegraphenverbindung eingerichtet worden. In manchen Distrikten Bulgariens haben die Bolschewisten sich bereits von der Regierung für unabhängig erklärt, heißt es.

Aufstände stehen auf der Tagesordnung, wird von Sofia gemeldet, und man befürchtet Angriffe auf König Boris und die königliche Familie. General d'Esperen, Befehlshaber der Alliierten im Osten, ist ersucht worden, seine Truppen in Bereitschaft zu halten.

Noske beherrscht Lage in Berlin

Die Regierung wegen der Auslieferungsforderung noch nicht in ruhigem Fahrwasser.

Berlin, 22. Jan.—Die gedrückte Stimmung scheint sich wieder zu heben, und die Regierungskreise erklären zuversichtlich, daß „die Radikalen so bald nicht wieder den Versuch machen werden, eine Diktatur des Proletariats aufzurichten." Einsichtige Leute in der Wilhelmsstraße sind jedoch nicht der Meinung, daß die Regierung nun völlig ruhiges Fahrwasser vor sich hat. Wie sie erklären, werde durch die ununterbrochene Kette bolschewistischer Siege in Rußland und die absolute und zweifellose Herrschaft der Soviets in jenem Lande, zusammen mit zunehmender Hungersnot unter dem deutschen Volk, ein fruchtbares Feld für Kommunisten-Propaganda geschaffen — und dies würde es jeder radikalen Regierung schwierig machen, während der kommenden Wochen sich fest im deutschen Sattel zu halten. Daß eine kritische Zeit bevorsteht, wird offen zugegeben. In Regierungskreisen herrscht große Befürchtung, daß die Liste der Deutschen, deren Auslieferung wegen angeblicher „Kriegsverbrechen" von den Alliierten verlangt wird, mitten in der gegenwärtigen Krisis veröffentlicht werden könnte. (Die Alliierten haben erklärt, dieses vorderhand nicht tun zu wollen. — Anm. d. Red.)

Die konservativen Elemente sind durch die Umstände gezwungen worden, angesichts der radikalen Demonstrationen sich um die Regierung zu scharen, doch glaubt man, daß sie sofort wieder abfallen werden, wenn die Alliierten um diese Zeit auf die Auslieferung dringen sollten.

Gehalts-Erhöhung für Lehrer in Chicago

Chicago, 22. Jan. — Die Lehrkräfte an den öffentlichen Schulen in Chicago werden eine durchschnittliche Gehaltserhöhung von $50 monatlich erhalten, so wurde heute von dem Schulsuperintendenten Peter Mortensen bekannt gemacht. Gestern legten über 1000 Lehrer und Lehrerinnen ihre Stellung nieder, und 16,000 Kinder waren ohne Unterricht.

Amerik. Oel-Barone geben nach

Stadt Mexiko, 22. Jan.—Die Zeitung Excelsior machte bekannt, daß die Vereinigung amerikanischer Petroleum Produzenten in Mexiko mit der mexikanischen Regierung Verhandlungen angeknüpft haben, um die Erlaubnis zum Bohren weiterer Oelquellen zu erlangen. Die Vereinigung hat sich willens erklärt, den neuen mexikanischen Oelgesetzen nachzukommen, wodurch eine Kontroverse, die mehrere Monate dauerte, beigelegt worden ist.

Großes Elend unter früheren Offizieren

Berlin, 22. Jan.—Wie groß das Elend unter ehemaligen österreichischen Offizieren ist, geht aus Folgendem hervor: Ein Hauseigentümer in einer Vorstadt Wiens benötigte eines Hausdieners und tat dieses in einem Klub ehemaliger Offiziere kund. Unter denjenigen, die sich zu diesem Posten meldeten, befanden sich ein Generalmajor, drei Oberste, zwei Oberstleutnants, sieben Majore und 19 Hauptleute.

Noch keine Einigung über Ratifikation

Es wird von Eingeweihten behauptet, daß man der Lösung der Frage trotzdem und alledem bedeutend näher gerückt sei.

Drei weitere Kompromiß-Vorschläge liegen vor.

Washington, 22. Jan.—Die Führer der Zwei-Parteienkonferenz im Senat erklären, daß die gestrigen Verhandlungen sie einem Kompromiß bedeutend näher gebracht haben. Trotzdem die Konferenz im Laufe des Tages mehrfach der Auflösung nahe schien, erklärte einer der aktiven Führer, daß nie, seitdem die Konferenz vor acht Tagen ihre Sitzungen begann, die Aussicht auf eine Einigung zwischen den fünf Demokraten und vier Republikanern am omitee besser gewesen sei, als gestern. Jedoch wurde hinzugefügt, daß morgen schon wieder eine Aenderung bringen könne.

Der Grund für die gehobene Stimmung unter den Konferenzmitgliedern liegt darin, daß man einen Weg zum Ausgleich über den Artikel 10 und die Frage der Gleichberechtigung zur Abstimmung in der Liga gefunden haben will. Die Konferenzmitglieder sind sicher, daß der gefundene Ausweg im Senat angenommen werden wird. Ueber die Einzelheiten des möglichen Ausgleichs wurde von beiden Seiten tiefes Schweigen beobachtet.

Dennoch will unter den Senatoren das Gefühl, daß die Lodge-Konferenz im Sande verlaufen wird, sich nicht beseitigen lassen. Für diesen Fall werden drei neue Kompromißvorschläge in Bereitschaft gehalten:

1. Die „milden Einwändler" schlagen vor, daß der Vertrag im Senat aufs Neue behandelt werden soll, wobei jeder seine Einwände geltend machen könne.

2. Senator Underwood schlägt vor, ein amtliches Versöhnungs-Komitee zu ernennen, welches durch Verhandlungen mit den einzelnen Senatoren die Möglichkeit eines Kompromiß feststellen solle. Zeige es sich, daß kein Kompromiß zustande kommen kann, soll der Senat andere Mittel zu einem Friedensschluß mit Deutschland ergreifen.

3. Senator King und andere Demokraten wollen die Freunde des Vertrages ohne Unterschied der Partei vereinigen, und durch eine Auflehnung gegen Hitchcock und Lodge einen Ausgleich versuchen.

Rußland hat große Vorräte zur Ausfuhr

Kopenhagen, 22. Jan.—Maxim Litwinow, der Bolschewiki-Vertreter, welcher hier mit dem britischen Abgesandten James O'Grady über den Austausch der Kriegsgefangenen und die Freigabe der internierten Zivilisten verhandelt, ist über die Bekanntgabe des Obersten Rats bezüglich der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland sehr erfreut. Er hält die Handlung des Rats für gleichbedeutend mit der Aufhebung der Blockade und erklärt, die Wirkungen dieses Schrittes auf die wirtschaftliche Lage Rußlands müsse eine gewaltige sein.

Rußland hat, wie Litwinow weiter ausführte, große Vorräte von Flachs, Hanf, Bauholz, Fellen, Pelzen und Platin für die Ausfuhr, bedarf aber Maschinen, Ackerbaugeräte und Eisenbahnmaterial. Seiner Ansicht nach haben Sibirien und andere Gebiete hinreichende Nahrungsmittelvorräte, doch fehlt es an Transportfazilitäten. Es dürfte notwendig werden, Rußland zu gestatten, Repräsentanten zur Wiederaufnahme des Handels in Rußland zu schicken, sagte er, wofür die Soviet-Regierung wiederum gerne bereit sei, Handelsvertreter anderer Nationen in ihrer Machtsphäre zuzulassen.

Der britische Vertreter O'Grady weist auf die „diplomatische Fassung" der Ankündigung des Obersten Rats hin, scheint aber von dem Schritt in der Richtung auf Aufhebung der Blockade erfreut zu sein. Er weist darauf hin, daß er in seinem Bestreben, britische Bürger in Rußland mit Nahrungsmitteln zu versorgen, allenthalben auf die Schwierigkeiten der Blockade gestoßen ist.

Es wird nunmehr erwartet, daß alle verwundeten britischen Gefangenen in den Händen der Bolschewiki bereits nächste Woche Rußland hinter sich haben werden, und daß sich der Rest der Gefangenen innerhalb 14 Tagen in Freiheit befinden wird.

Die Influenza in Chicago.

Chicago, 22. Jan.—Während der letzten 24 Stunden ist gegen die vorhergegangenen eine geringe Abnahme neuer Influenzafälle zu verzeichnen. Es wurden 2000 neue Fälle angemeldet gegen 2500 Tags zuvor.

Prinz von Wales will nach dem Westen

London, 22. Jan. — Der Prinz von Wales war gestern abend der Gast bei einem begeisterten Festessen der „Pilger". In einer Rede betonte der Prinz, daß es seine Absicht sei, Amerika wieder zu besuchen und namentlich den mittleren und fernen Westen kennen zu lernen.

Cummings will keine $20,000,000

Washington, 22. Jan.—Der Vorsitzende des demokratischen Nationalkomitees Cummings stellt die Behauptung der New York Tribune, daß er die Absicht habe, für die demokratische Nationalkampagne einen Fonds von $20,000,000 zu wollen, in Abrede.

Mississippi lehnt Frauenstimmrecht ab

Jackson, Miss., 22. Jan. — Unter Hochrufen und Gelächter hat das Unterhaus Mississippis mit 118 gegen 25 Stimmen das Frauenstimmrechts-Amendement abgelehnt.

228 Mädchen spurlos verschwunden.

Los Angeles, Cal., 22. Jan. — Die Polizei macht bekannt, daß während des Jahres 1919 in Los Angeles 228 Mädchen spurlos verschwunden sind. Es wird angenommen, daß mehrere derselben vielleicht im Laufe der Zeit gefunden werden; indessen dürften die meisten von ihnen als verschollen betrachtet werden.

Ein „musikalischer" Richter.

Los Angeles, Cal., 22. Jan. — Die Stadt Pasadena hat gegen einen Tanzklub Klage erhoben, weil die verübte Jazzmusik den in der Nachbarschaft der Tanzhalle wohnenden Leuten auf die Nerven fiel. Richter Lewis R. Works, vor den die Klage gebracht wurde, entschied, daß Jazzmusik nicht als Gemeinschaden zu betrachten sei.

Zuchtbulle bringt $7500.

Denver, 22. Jan.—Fünfundneunzig Kopf Rindvieh, echte Hereford und Shorthorn Rasse, brachten bei der Auktion der Natonal Western Vieh-Ausstellung zusammen $92,-770. Für einen Hereford Bullen wurden von W. H. Donald, Melville, Mont., $7,500 bezahlt, und der zweijährige Bull Princeps Domino brachte $7,300.

Zeitung stellt Erscheinen ein.

Corning, N. Y., 22. Jan.—Das Corning Daily Journal hat sein Erscheinen wegen der erhöhten Papierkosten eingestellt.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Wahrscheinlich leichter Schnee heute nacht; Freitag teilweise bewölkt und kälter.

Für Nebraska — Bewölkt heute nacht und Freitag. Wahrscheinlich leichter Schnee im östlichen und südlichen Teil. Kälter im Westen und Norden heute nacht und im östlichen und südlichen Teil am Freitag.

Für Iowa — Bewölkt heute nacht und Freitag; wahrscheinlich leichter Schnee im westlichen Teil. Kälter im Nordwesten heute nacht und Freitag.